



>> *intern*

E 10186

**Ein glückliches neues
Jahr und Gottes Segen
wünschen Ihnen Ihre**



Parl. Staatssekretärin Annette
Widmann-Mauz MdB

Elisabeth Jeggle MdEP

Staatssekretär a. D.
Dieter Hillebrand MdL

Klaus Tappeser,
CDU-Kreisvorsitzender

Politischer Aschermittwoch 2012



Die Parlamentarische Staatssekretärin
Annette Widmann-Mauz MdB und die
CDU Bisingen, Burladingen, Hechingen und
Rangendingen laden ein:

Guido Wolf MdL

Präsident des Landtages Baden-Württemberg

**Mittwoch,
22.02.2012**

**19.30 Uhr Bisingen
Hohenzollernhalle**

Einlass 19.00 Uhr

**Mit Musik und
Bewirtung**



CDU

Gemeinsam für Baden-Württemberg.

Liebe Freunde im CDU-Kreisverband Tübingen,

ein Jahr mit vielen persönlichen wie auch politischen Höhen und Tiefen ist zu Ende gegangen. Zu den Tiefen zählt für uns CDU´ler in Baden-Württemberg mit Sicherheit die verlorene Regierungsbeteiligung im Land. Das war für uns alle ein Schock. Trotz allem sind wir nach wie vor mit Abstand die stärkste politische Kraft in unserem Land und daraus entsteht auch für uns, wenn auch in neuer Rolle, eine hohe politische Verantwortung. Besonders freut mich das hervorragende Ergebnis bei der Volksabstimmung zu Stuttgart 21. Es zeigt, dass gerade auch bei uns in der Region die Menschen für uns und unsere Zukunftsprojekte eintreten.

Als neuer CDU-Bezirksvorsitzender sehe ich es als meine Aufgabe an, unserer Partei wieder mehr Profil zu geben. Die Menschen müssen wissen, wofür wir als CDU stehen und welche Werte uns einen Rahmen geben. Aus diesem Grund setze ich auch verstärkt auf Ihre Mitarbeit. Ich freue mich über Anregungen, Kritik und Initiativen von Ihnen. Zögern Sie nicht, sondern helfen Sie, die Baden-Württemberger von unserer Politik und unseren Zielen zu überzeugen und unsere CDU wieder stark zu machen.

Lassen Sie uns in diesem Jahr gemeinsam daran arbeiten, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder zurück zu gewinnen. Ich freue mich auf eine konstruktive und intensive Zusammenarbeit.

Ihnen und Ihren Familien einen guten Start ins neue Jahr!



CDU-Bezirksvorsitzende



Klaus Tappeser ermuntert Mitglieder zu Aktivität

Bereits am 26. Oktober trat der CDU Kreisvorstand zu seiner konstituierenden Sitzung in Poltringen zusammen. Neben den üblicherweise anstehenden Aufgaben wie Kooptierung von Gästen oder Mitgliederbewegungen standen vor allem die beiden Themen Stuttgart 21 und die beiden auf der Kreisjahreshauptversammlung vertragen Anträge der CDA auf dem Programm.

Vor der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 gibt am 7. November eine Großveranstaltung im Casino. Ebenfalls wurde ein regionales Aktionsbündnis gegründet, für das auch überparteiliche Köpfe gewonnen werden konnten.

In der anschließenden mitgliederoffenen Kreisvorstandssitzung berichtete der CDA-Kreisvorsitzende Michael Rak zu den beiden Anträgen, die auf der Kreisjahreshauptversammlung in den Kreisvorstand delegiert wurden. Zum einen handelte es sich um einen Antrag zum Bundestagparteitag zum Thema „befristete Arbeitsverträge“, in dem die Bundestagsfraktion und -regierung aufgefordert werden, die Möglichkeiten für sachgrundlos befristete Beschäftigungen einzuschränken und die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf den Prüfstand zu stellen.

Zum anderen um das Thema „Einführung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze“, die

nicht mit einem Mindestlohn verwechselt werden dürfe. Es folgte eine rege Diskussion, nach der beide Anträge, wie gestellt, beschlossen wurden. Diese Anträge im Wortlaut und deren Begründung können Interessierte über die Kreisgeschäftsstelle erhalten.

Weiter beschloss der Kreisvorstand, dass in der jetzt beginnenden Amtsperiode die Vorstandssitzungen prinzipiell mitgliederoffen durchgeführt werden und ein Ergebnisprotokoll angefertigt wird, das per Mail an die gewählten und kooptierten Kreisvorstandsmitglieder versandt wird. Die

Themen Mitgliedergewinnung und öffentliche Präsenz sollen für die neue Amtsperiode im Vordergrund stehen.

Der Kreisvorsitzende Klaus Tappeser sagte, er hoffe, dass die Mitglieder von diesen neuen Möglichkeiten der Beteiligung regen Gebrauch machen werden und merke bereits, dass durch die Schaffung der Arbeitskreise beim letzten Parteitag einige passive Mitglieder zur aktiven inhaltlichen Mitarbeit motiviert wurden. Dies sei ein guter Ausgangspunkt für die kommende Amtsperiode, an den es weiter anzuknüpfen gelte. <<<



CDU-Bezirksparteitag in Uhldingen-Mühlhofen am 22.10.2011. Der neugewählte CDU-Bezirksvorsitzende Thomas Barreiß MdB und der neugewählte Bezirkschriftführer Martin Weng aus Rottenburg mit den 13 Delegierten aus dem CDU-Kreisverband Tübingen.



CDU-Bundesparteitag in Leipzig „Für Europa. Für Deutschland.“

Sonntagabends ging es los: Mit dem baden-württembergischen Delegiertentreffen im Auerbach's Keller. Und dieses Mal gemeinsam mit den Delegierten aus Sachsen und Hamburg. Eine ganz neue Erfahrung. Die Landesvorsitzenden stimmten die Delegierten auf die kommenden zwei Tage ein.

Tags darauf wurde der Bundesparteitag mit einer schönen Tradition gestartet: Dem ökumenischen Gottesdienst in der Leipziger Thomaskirche, gestaltet vom evangelischen Landesbischof und dem katholischen Bischof der Diözese Dresden-Meißen, bevor es dann in die neue Messehalle Leipzig ging.

Mit einer eindrucksvollen Auftaktrede begeisterte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die 1.001 Delegierten und verwies in ihrer Rede auf den Leipziger Parteitag 2003. Den Parteitag, auf dem die CDU weitreichende Reformen für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialstaat beschlossen hatte. Die Steuererklärung auf dem Bierdeckel wurde „geboren“. In ihrer diesjährigen Leipziger Rede machte die Bundesvorsitzende deutlich, dass Deutschland vor großen Aufgaben stehe. „Wir leben in Zeiten enormer Veränderungen“, betonte sie. Die wichtigste Aufgabe bestehe derzeit darin, die Schuldenkrise dauerhaft zu lösen. Immer mehr Menschen zweifelten, dass es in der Wirtschaft gerecht zugehe. Oftmals würde ein Wettbewerb um die niedrigsten Löhne geliefert statt sich um die besten Ideen und innovativsten Produkte zu kümmern. Die Forderung nach einer Lohnuntergrenze begründete Merkel mit dem christlichen Menschenbild der CDU. Zugleich müsse die CDU auf die sich

derzeit „atemberaubend“ verändernden Zeiten reagieren, fügte Merkel mit Blick auf die Umwälzungen in der arabischen Welt und die Atomkatastrophe im japani-



schen Fukushima hinzu. Mit Blick auf die baden-württembergischen Delegierten bekannte sich die Bundeskanzlerin zum Bau des zukunftsorientierten Infrastrukturprojektes Stuttgart 21. Und erhielt dafür tobenden Applaus.

Im Anschluss an die Rede der Bundesvorsitzenden beherrschten die Diskussion um den Euro-Rettungsschirm sowie das Thema „Lohnuntergrenze“ den Parteitag.

Zum Thema Euro-Rettungsschirm trat Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble auf und warb für ein europäi-

ches Engagement der CDU. „Wenn wir eine gemeinsame Währung wollen, müssen wir sie auch verteidigen.“ Die Delegierten erhoben sich und spendeten Schäuble minutenlang Applaus. Mit seiner flammenden Rede zur Euro-Rettung verhalf Wolfgang Schäuble dem Parteitag außerdem zu größerer Selbstversicherung, dass man auf dem richtigen Kurs sei.

Ein engagierter Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der CDA, konnte die Delegierten von der Einführung einer Lohnuntergrenze überzeugen: „Sozialen Verwerfungen bei den Löhnen muss begegnet werden.“ Die Lohnfindung solle aber bei den Tarifpartnern bleiben, denn „die Höhe des Lohnes wird nicht von der Politik festgelegt, sondern von den Tarifvertragsparteien“. Dies fand Zustimmung bei den Delegierten.

Zu vorgerückter Stunde folgte ein unterhaltsamer Austausch der Delegierten

Fortsetzung auf Seite 4



beim „Sachsenabend“ in der Glashalle der Messe. Denn das Gesellige sollte auch nicht zu kurz kommen. Zu Gast war auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, der zu den Delegierten und Gästen des Parteitages sprach.

Der 2. Sitzungstag war geprägt vom Antrag „Bildungsrepublik Deutschland“, der von den Delegierten des CDU-Parteitages in Leipzig mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde. Mit vier bundesweiten Bildungskonferenzen, einer sechswöchigen Online-Diskussion auf einer eigens installierten Internetplattform und über 1600 Änderungsanträgen war es der am breitesten in der Parteibasis diskutierte Antrag des CDU-Bundesvorstandes.

Bundesministerin Annette Schavan machte in ihrer Einführung zum Antrag klar, dass Europas Reichtum und Wege aus der Krise auch und vor allem im Wissen und Können seiner Menschen liege. „Sie sind der Schlüssel für Zusammenhalt“ so die Bildungsministerin.

Gerade in Zeiten der Krise müsse man darüber beraten, wie man mit diesem Reichtum umgehe und wie man es schaffe, die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen zu sichern. Bildung müsse als Gemeinschaftsaufgabe für das gesamte Land begriffen werden, es betreffe jede und jeden.

Schavan machte klar, dass die Union für eine Bildungspolitik des Forderns und För-

derns eintrete. „Für die CDU beginnt der Mensch nicht nach dem Abitur, berufliche Bildung ist für uns ebenfalls wichtig.“ Jedes Kind solle seine Talente individuell entfalten können. Nicht die Herkunft, ethnisch kulturell als auch sozial, sei entscheidend, sondern Leistung.

Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister begrüßte in der anschließenden Aussprache die Behandlung des Themas Bildung auch unter Rücksicht auf die landespolitischen Kompetenzen. Die CDU stehe für ein begabungsgerechtes und differenziertes Schulsystem. Haupt- und Realschulen unter einem Dach zusammenzufassen sei ein Angebot an die kommunalen Schulträger, um die Präsenz von weiterführenden Schulen in der Fläche auch bei sinkenden Schülerzahlen zu erhalten.

Bundestagspräsident Norbert Lammert erinnerte daran, dass es in der Diskussion weniger um Struktur, sondern mehr um Inhalte gehen solle. Dabei sei die kulturelle Bildung nicht zu vergessen. „Ohne Kultur entsteht keine Bildung und ohne Bildung wächst keine Kultur.“ Kulturelle Bildung müsse in der Familie begonnen werden und dürfe nicht in der Schule aufhören.

Am Ende des Parteitages zeigte sich mal wieder, dass die CDU eine Volkspartei ist, die intensiv und kontrovers diskutieren kann, ob es sich um die Lohnuntergrenze oder Bildungspolitik handelt.

Martina Müller, Delegierte <<<

Dieter Hillebrand MdL

Rottenburger zu Gast im Landtag

Einen interessanten Vormittag im Landtag von Baden-Württemberg erlebte die Altherrenmannschaft des SV Wendelsheim-Rottenburg im Landtag. Auf Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten Dieter Hillebrand weilten die Besucher in Stuttgart und konnten einen Blick hinter die Kulissen des Landtags werfen.

Auf der Zuhörertribüne konnte die Gruppe live die Plenarsitzung des Landtags mitverfolgen, in der es unter anderem um die rechtsextreme Gewalt sowie um die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 ging. Im anschließenden Gespräch erläuterte Dieter Hillebrand MdL den Arbeitsalltag als Abgeordneter und die Rolle der CDU in der Opposition.

Ferner stellten die Besucher Fragen nach den Stellenneubesetzungen in den Ministerien nach der Landtagswahl sowie nach der Energiewende. Dieter Hillebrand MdL gab sich skeptisch, ob die Energiewende schon in zehn Jahren zu leisten sei, da man immerhin 4.500 Kilometer neue Stromlei-

tungen bräuchte. Die Stromleitungsnetze brächten aber eigene, zeitaufwändige Raumordnungs- und Planfeststellungsver-

fahren mit sich. „Wir müssen den Menschen die Wahrheit über die realistischen Aussichten sagen“, so Hillebrand MdL, der auch mit Strompreiserhöhungen rechnet. Bei einem gemeinsamen Mittagessen im Haus der Abgeordneten klang der Besuch aus. <<<



Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB

Lohnerhöhungen gehören den Bürgern

– mehr Steuergerechtigkeit durch Abbau der kalten Progression

Anfang Dezember 2011 hat die Bundesregierung einen Kabinettsbeschluss zum Abbau der kalten Progression und zur Anhebung des steuerfreien Existenzminimums getroffen. Damit wurde ein Kernanliegen der christlich-liberalen Koalition erfüllt, denn auch angesichts der Euro- und Staatsschuldenkrise ist es ein unbestreitbares Gebot der Gerechtigkeit gegenüber der werktätigen Bevölkerung sowie unserer mittelständischen Wirtschaft, ihnen das zurückzugeben, was ihnen ohnehin zusteht - der Genuss der eigenen Lohnerhöhung.

Es darf nicht vergessen werden, wer unser Land während der Wirtschafts- und Finanzkrise aus dem Tal hin zum Spitzenplatz bei Wachstum und Beschäftigung gezogen hat. Es waren die Werktätigen, die in Kurzarbeit oder Weiterbildungsmaßnahmen Lohnabstriche hinnehmen mussten und die vielen Unternehmen, die trotz finanzieller Engpässe ihre Belegschaften weiterbeschäftigt haben, statt sie vor die Tür zu setzen. Der Aufschwung wurde in einer großartigen Gemeinschaftsleistung geschafft. Nun muss er sich auch in der Lohntüte bemerkbar machen. In der Summe geht es dabei um eine Entlastung von jeweils 6 Mrd. Euro für die Jahre 2013 und 2014.

Kalte Progression - Gift für die Binnenkonjunktur

Wer als Leistungsträger und Steuerzahler regelmäßig seinen Beitrag für die solidarische Gesellschaft leistet, erwartet, dass es dabei gerecht und transparent zugeht. Bei der Berechnung der Einkommenssteuer wird für jeden Euro an zusätzlichem Einkommen ein höherer Steuersatz veranschlagt. Der Steuerbetrag steigt also nicht gleichmäßig, sondern überproportional. Starke Schultern tragen mehr - das ist der Grundsatz der deutschen Steuerpolitik.

Allerdings hat der progressive Steuertarif zuletzt immer mehr negative Effekte nach sich gezogen, da die Einkommensteuersätze bisher nicht an die Preisentwicklung bzw. Inflation angepasst wurden. Wenn das allgemeine Preisniveau beispielsweise um zwei Prozent steigt und die Löhne in gleichem Umfang nachziehen, dann sollte auch die Steuerlast nur um zwei Prozent steigen, damit die Kaufkraft nicht sinkt. Ohne eine Anpassung des Einkommensteuertarifs wirkt die Progression im Effekt wie eine Steuererhöhung. Dieses



Zusammenspiel von Inflation und Steuerprogression, das vor allem die unteren und mittleren Einkommen belastet und sich negativ auf die Binnenkonjunktur auswirkt, nennt man „kalte Progression“.

Der Steuerausgleich - kein Steuer-geschenk, sondern notwendige Korrektur

Der Beschluss der Bundesregierung ist kein Steuergeschenk, sondern eine längst fällige Korrektur. Dies wird auch an der ebenfalls beschlossenen Neuanpassung des Grundfreibetrages für das garantierte Existenzminimum deutlich. Der Grundfreibetrag wird bis 2014 um insgesamt 350 Euro bzw. 4,4 Prozent auf 8.354 Euro angehoben. Dieser Betrag bleibt steuerfrei. Mit der Berücksichtigung der Preisentwicklung bei der Festsetzung des Grundfreibetrags folgt die Koalition zugleich verfassungsrechtlichen Grundsätzen. Wird er aufgestockt, muss auch die kalte Progression korrigiert werden.

Aus diesem Grund wird der Tarifverlauf bis 2014 ebenfalls um insgesamt 4,4 Prozent angepasst. Denn jedes Einkommen soll genau um den Betrag entlastet werden, um den es durch die kalte Progression belastet wird. Die Bundesregierung hat sich gleichzeitig dazu verpflichtet künftig alle zwei Jahre zu prüfen, wie die kalte Progression wirkt und ob nachgesteuert werden muss.. as gibt besonders denjenigen Beschäftigten und Familien ein Mehr an finanzieller Planungssicherheit, bei denen es auf jeden Euro ankommt.

Entlastungsbeispiele:

Ein alleinstehender Arbeitnehmer mit 30.000 Euro Jahresbruttolohn wird ab 2014 jährlich etwa 150 Euro weniger Steuern zahlen müssen als bisher. Seine Steuerbelastung sinkt um 3,4 Prozent. Er zahlt bisher 4.328 Euro Steuern. Bei einem vergleichbaren Arbeitnehmer mit 60.000 Euro Jahresbruttolohn beträgt die Entlastung hingegen 2,5 Prozent. Er zahlt bisher 14.590 Euro Steuern. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern und 30.000 Euro Jahresbruttolohn wird ab 2014 jährlich 164 Euro weniger Steuern zahlen müssen als bisher. Seine Steuerbelastung sinkt um 10,6 Prozent. Er zahlt bisher 1.550 Euro Steuern. Bei einem vergleichbaren Arbeitnehmer mit 60.000 Euro Jahresbruttolohn beträgt die Entlastung hingegen 3,3 Prozent. Er zahlt bisher 9.187 Euro Steuern.

Im Einklang mit der Schuldenbremse

Die begrenzten finanziellen Spielräume, die der Wirtschaftsaufschwung gebracht hat, hat die Bundesregierung verantwortungsvoll genutzt. Absolute Vorbedingung war, dass der Ausgleich der kalten Progression mit unserer Schuldenbremse in vollem Einklang steht.

Es wurden also keine Steuerentlastungen durch neue Schulden finanziert. Die maßvolle Steuerentlastung reiht sich in den Kurs der wachstumsfreundlichen Konsolidierung der Staatsfinanzen ein, in dem sie die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger erhält. Steuerpolitik als Wachstumspolitik, - das nützt uns allen.

Auch den Ländern kommt der Bund weit entgegen: Als finanziellen Ausgleich erhalten sie einen Festbetrag, der dem Durchschnitt ihrer Steuerausfälle in den Jahren ab 2014 entspricht. So verzichtet der Bund 2013 auf knapp 0,4 Mrd. Euro und ab 2014 auf 1,2 Mrd. Euro pro Jahr - ein stattlicher Betrag, den die Länder zur Tilgung ihrer eigenen Schulden verwenden sollten.

Mit den vereinbarten Maßnahmen hat die christlich-liberale Koalition ein arbeitnehmerfreundliches Steuerpaket geschnürt, das verhindert, dass Gehaltszuwächse durch verdeckte Steuererhöhungen beinahe halbiert werden. Ein starkes und vernünftiges Signal für mehr Steuergerechtigkeit und Transparenz, dem sich gerade die Opposition, die in der Öffentlichkeit stets als „Soziales Gewissen“ und „Anwalt der kleinen Leute“ firmiert, nicht verschließen darf. <<<

Gerecht und solidarisch – Lebensleistung der Rentnerinnen und Rentner muss belohnt werden

Trotz aller wirtschaftlichen und finanziellen Unsicherheiten, die das Jahr 2011 mit sich gebracht hat, war es ein Erfolgsjahr für die deutsche Realwirtschaft. Die Arbeitslosenquote ist mit unter 3 Millionen so niedrig, wie seit 20 Jahren nicht mehr, die Beschäftigungszahlen sind entsprechend hoch und die Reallöhne sollen auch 2012 weiter steigen. Dank der Anstrengungen der Arbeitnehmer, Unternehmen sowie politisch erfolgreichen Instrumenten wie der Kurzarbeit, ist Deutschland stärker aus der Krise von 2008/2009 herausgekommen, als es hineingegangen war.

Während dieser Zeit ist es auch gelungen, den Renten-Beitragsatz stabil bei 19,9 Prozent zu halten. Die Rentenversicherung hat sich damit als stabiles System der sozialen Alterssicherung bewährt. Zugleich zeichnet sich ab, dass unsere Rentnerinnen und Rentner Mitte 2012 auf eine deutliche Erhöhung zwischen 2,3 Prozent im Westen und 3,2 Prozent im Osten hoffen können. Insgesamt wird auch mit durchgängigen Rentensteigerungen für die kommenden Jahre gerechnet - eine gute Nachricht für alle älteren Menschen, die in den vergangenen Jahren „Nullrunden“ hinnehmen mussten. Wie der Rentenzuwachs auf den Punkt gerechnet ausfällt, entscheidet sich in diesem Frühjahr, wenn die Daten zur Lohnentwicklung des Vorjahres vorliegen.

Fest steht bereits die Senkung des Rentenversicherungsbeitrages ab 01. Januar 2012 von 19,9 auf 19,6 Prozent, da 2012 die gesetzlich festgeschriebene Höchstgrenze der Nachhaltigkeitsrücklage (1,5-fache Monatsausgabe) mit hoher Wahrscheinlichkeit überschritten wird. Als gesetzliche Folge muss der Rentenversicherungsbeitrag entsprechend abgesenkt werden. Eine Senkung um 0,3 Prozent Beitragssatzpunkte bedeutet eine Entlastung von insgesamt etwa 2,8 Milliarden Euro, die je zur Hälfte Arbeitnehmern und Arbeitgebern zugutekommt. Mit der merklichen Rentenanehebung ab 2012 und der Beitragssatzentlastung gewährleistet die Bundesregierung, dass die älteren Generationen auf eine angemessene Absicherung im Alter vertrauen können, ohne dass die jüngeren Generationen überfordert werden.

Ohne Frage ist und bleibt die gesetzliche Rentenversicherung, neben betrieblicher Alterssicherung und zusätzlicher privater Vorsorge, die zentrale Säule der Alterssicherung. Von den heutigen Rentnerinnen und Rentnern müssen derzeit knapp 2,4 Prozent Leistungen der Grundsicherung im Alter beantragen. Diese Zahl hat sich

seit 2007 nicht erhöht, sondern ist zuletzt sogar leicht gesunken. Wenn man bedenkt, dass die Hälfte dieser Grundsicherungsbezieher keinerlei Vorsorge in der deutschen Rentenversicherung getroffen hat, wird deutlich, dass unser Rentensystem nach wie vor wirksam Altersarmut verhindert!

2012 gehen die 1947 Geborenen in Rente. Sie sind die ersten, die mit Blick auf die Rente mit 67 länger arbeiten müssen. Der demografische Wandel wird sich noch stärker auf die Rentenpolitik auswirken. Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossene behutsame Absenkung des Sicherungsniveaus, - das Verhältnis zwischen der Rente, die ein Durchschnittsverdiener nach 45 Jahren erhält und dem aktuellen Durchschnittseinkommen, - macht es für jeden erforderlich, zusätzliche Altersvorsorge zu betreiben. Die finanziellen Spielräume des Alterseinkünftegesetzes und die staatlichen Fördermöglichkeiten sollten deshalb unbedingt genutzt werden. Allerdings ist auch gesetzlich festgelegt, dass das Sicherungsniveau ab 2021 die Grenze von 43 Prozent nicht unterschreitet. Denn wer ein Leben lang gearbeitet und für sein Alter verantwortungsvoll vorgesorgt hat, muss sich darauf verlassen können, dass er später von seiner Rente leben kann, ohne auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

Damit dies auch für nachfolgende Generationen gilt, muss die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest weiterentwickelt werden. Mit dem von Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen initiierten Rentendialog zwischen Rentenversicherung, Fachpolitikern, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern wurde eine gute Grundlage für zielgenaue Nachjustierungen bei der Rente gelegt.

Gegenwärtig werden folgende mögliche Konzepte ergebnisoffen diskutiert:

Zuschuss-Rente:

Sie soll insbesondere für berufstätige Frauen, die lange Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben sowie Geringverdiener, die ein Leben lang gearbeitet haben, eine Rente garantieren, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Private Altersvorsorgebemühungen sollen deshalb bezuschusst werden und ein monatliches Alterseinkommen von 850 Euro sichern.

Verbesserte Erwerbsminderungsrente:

Wer krank ist und nicht mehr arbeiten kann, wird aktuell so gestellt, als habe er bis 60 gearbeitet. Die Differenz zwischen Eintritt der Erwerbsminderung und 60. Lebensjahr soll stufenweise auf das 62. Lebensjahr angehoben werden. Betroffene erhalten dann langfristig eine Rente, als hätten sie mit dem bis zur Erwerbsminderung erzielten Einkommen noch bis 62 weitergearbeitet. Die Verlängerung soll parallel zur Rente mit 67 stufenweise erfolgen.

Kombirente:

Immer mehr Menschen wünschen sich für die letzten Berufsjahre einen anderen Arbeitsrhythmus. Bei vorzeitigem Rentenbezug gelten aktuell starre monatliche Hinzuverdienstgrenzen. Ein Überschreiten der Grenzen führt zu stark geminderten Rentenzahlungen. Unternehmen und Gewerkschaften sollen künftig flexiblere Lösungen finden. Den gesetzlichen Rahmen wird die Kombirente liefern. Sie erlaubt für die Zeit des vorzeitigen Rentenbezugs ein Einkommen aus Rente und Hinzuverdienst in der Höhe des zuletzt erzielten Brutto-Einkommens.

Kindererziehungszeiten:

Der CDU-Bundesparteitag in Leipzig hat einen Beschluss gefasst, gleichzeitig mit dem Betreuungsgeld eine Verbesserung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung zu prüfen. Diskutiert wird die Ausweitung von 1 auf 3 Entgeltpunkten pro Kind für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben. Das betrifft Mütter der Jahrgänge ab 1948 und würde eine Rentenerhöhung von rund 54 Euro pro im Westen und knapp 50 Euro im Osten bedeuten.

Wie sich Bedürftigkeit im Alter in Zukunft entwickeln wird, lässt sich heute nicht seriös voraussagen. Denn es hängt entscheidend von der langfristigen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung sowie dem Erwerbs- und Vorsorgeverhalten der Menschen ab. Auch die Frage, wie viele Menschen in Zukunft alleinstehend alt werden, spielt eine wichtige Rolle. Gegen Altersarmut hilft zuallererst der Dreiklang aus verlässlicher Arbeit, fairen Löhnen und zusätzlicher Vorsorge. Eine weiterhin kluge Wachstums- und Beschäftigungspolitik, die beschlossene Einführung verbindlicher Lohnuntergrenzen durch die Tarifpartner sowie zielgruppen-genaue Modelle der Altersvorsorge können maßgeblich dazu beitragen, dass die Rentenhöhe auch in Zukunft die Arbeits- und Beitragsleistung eines jeden Rentners abbildet. <<<

Elisabeth Jeggle MdEP

Migration – Chance oder Belastung ?

Wer kennt nicht die erschreckenden Bilder der wiederkehrenden Menschenströme, die oftmals auf dem Wasserweg an den südlichen Außengrenzen der Europäischen Union (EU) stranden und darauf hoffen, in Europa ein besseres Leben beginnen zu können? Ähnlich belastend, wenn auch medial weniger präsent, stellt sich die Lage an unseren östlichen Grenzen dar. Als Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und in der Delegation zu den Staaten Zentralasiens im Europäischen Parlament bin ich oft in Kontakt mit dem Themengebiet Migration. Immer wieder erreichen mich zu diesem Thema Anfragen und die Bitte in CDU-Intern die europäische Position zu beleuchten. Gerne gebe ich diese Informationen. Bei der Auseinandersetzung mit dem Bereich gilt es unterschiedliche Aspekte zu beachten.

Wir wissen, die Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten altert, gleichzeitig werden auch in Zukunft die Geburtenraten eher schwach ausfallen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss man Migration auch als Chance für Wachstum und Stabilität sehen. Unsere Wirtschaft ist auf Einwanderer mit Fachkenntnissen angewiesen, um das hohe Niveau von heute halten zu können. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass es in Zukunft nicht möglich sein wird, alle benötigten Fachkräfte aus den Reihen der einheimischen Bevölkerung rekrutieren zu können. Dieser Ansatz handelt nicht davon, dass den einheimischen Bürgern Arbeitsplätze durch Einwanderer weggenommen werden sollen. Vielmehr geht es darum, unsere Wirtschaft auch in Zukunft leistungsstark zu halten, damit wir weiterhin auf dem Weltmarkt bestehen können. Wir dürfen der heimischen Wirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte nicht vorenthalten. Jedoch muss Migration kontrollierbar bleiben.

Dies ist nur eine Seite der vielfältigen Auswirkungen die Migration hat. Wenn man sich mit Migrationspolitik auseinandersetzt, muss man sich auch mit dem Phänomen der illegalen Migration beschäftigen, die natürlich auf Grund der teils erschreckenden Nachrichten und Bilder immer als erstes ins Auge fallen. Dabei ist es wichtig, dass zwischen politischen und wirtschaftlichen Migranten unterschieden wird.

Für mich ist es eine selbstverständliche Pflicht, politisch Verfolgten Schutz zu gewähren. Je-



doch ist nicht unbedingt jeder, der diesen Schutz begehrt, auch schutzbedürftig. Gerade bei wirtschaftlichen Migranten ist diese Schutzbedürftigkeit oftmals nicht gegeben. Das Wohlstandsgefälle zwischen dem Heimatland der Flüchtlinge und der Europäischen Union kann nicht als Kriterium gewertet werden, welches eine Schutzbedürftigkeit begründet. Auch illegale Beschäftigung der Migranten innerhalb der EU und die damit zusammenhängende Ausbeutung ist ein Anreizfaktor für illegale Migration.

Aus diesem Grund muss vehement mit Strafen gegen Unternehmen vorgegangen werden, die die Notlage dieser Menschen ausnutzen. Des Weiteren müssen nicht nur

die EU-Grenzen gestärkt, sondern auch das Mandat der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den europäischen Außengrenzen (FRONTEX) verlängert werden. Bei allen Handlungen muss die EU aber immer ihren hohen Ansprüchen zur Achtung der Menschenrechte und der europäischen Werte, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes basieren, gerecht werden.

Meiner Meinung nach kann und muss Wirtschaftsmigration durch Bekämpfung der Ursachen im Ursprungsland eingedämmt werden. Den Menschen müssen Perspektiven im eigenen Heimatland geboten werden und ihnen somit eine wirkliche Alternative zu dem ungewissen Ausgang einer Reise in Richtung Europa aufgezeigt werden. Die Europäische Union verfolgt daher mit großen Anstrengungen das Ziel, die Lebensverhältnisse in den Auswanderungsregionen langfristig und nachhaltig zu verbessern. Durch politischen Dialog mit den betroffenen Staaten muss eine Basis geschaffen werden, um Menschenrechte, Demokratieprinzipien und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Ergänzendes Element zu politischem Kontakt ist eine Kooperation zwischen wirtschaftlichen Partnern. Ich bin davon überzeugt und meine Erfahrungen aus der Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament bestärken mich darin, dass nur dieser komplementäre Ansatz langfristigen Erfolg und eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände bewirkt. <<<



- > **BERATUNG & PLANUNG**
- > **NEUANLAGEN**
- > **UMGESTALTUNG**
- > **PFLANZUNGEN**
- > **PFLLEGEMABNAHMEN**

- > **NATURSTEINARBEITEN**
- > **BELAGSARBEITEN**
- > **HOFBEFESTIGUNGEN**
- > **WASSERANLAGEN**
- > **ZÄUNE & SICHTSCHUTZ**

Garten- und Landschaftsbau



Eichenweg 15
72119 Ammerbuch-Poltr.

Tel.: 07073 70 23
Fax: 07073 43 61

E-mail: info@storz-gartenbau.de
Web: www.storz-gartenbau.de

WAS WANN WO...

- Änderungen vorbehalten -

Di, 10.01., 20.00 Uhr

AK Wirtschaft und Infrastruktur,
Arbeitssitzung

Sa, 14.01., 19.00 Uhr

CDU-Ortsverband Rottenburg, Neujahrsempfang, EU-Kommissar für Energie Günther H. Oettinger. Herausforderungen für Deutschland und Europa: Wirtschaft, Währung, Energie, Rottenburg, Haus der Bürgerwache

Mi, 18.01., 15.00 Uhr

SEN Tübingen, Neuwahlen,
Tübingen, Meteora

Fr, 20.01., 15.00 Uhr

FU Rottenburg, Veranstaltung,
Rottenburg, Martinshof

Di, 24.01., 19.00 Uhr

AK Bildung, Qualität in der Bildung mit Georg Wacker MdL, Tübingen, Restaurant Mangiabene, Freibad 3, (neben Paul-Horn-Arena), Tübingen

Fr, 03.02.

CDU Ofterdingen, Mitgliederversammlung mit Neuwahlen, Dieter Hillebrand MdL, Ofterdingen

Mi, 15.02., 15.00 Uhr

SEN Tübingen, Altbischof Eberhard Renz, Situation der Christen in Palästina und Israel, Tübingen, Meteora

Mi, 22.02., 19.30 Uhr

PSts. Annette Widmann-Mauz MdB / CDU-KV ZAK, Politischer Aschermittwoch, Guido Wolf MdL, Präsident des Landtages von BaWü, Bisingen, Hohenzollernhalle

Mi, 14.03.

PSts. Annette Widmann-Mauz MdB / CDU-KV Tü, Starkbierfest, Ofterdingen

REDAKTIONS SCHLUSS

für das nächste **CDU intern:**

Mo., 20.02.2012



Individualisten ans Werk!

Jetzt Wohnträume verwirklichen.

Dachausbau • Dachumbau • Dachaufstockung




**Komplettleistung, Service
und Qualität aus Meisterhand!**

**FRIEDRICH
SCHMID
HOLZBAU**

Friedrich Schmid Holzbau
Handwerkerpark 15 - 17
72070 Tübingen
Tel. 07071 40770 Fax: 07071 407713
e-mail: info@friedrich-schmid-holzbau.de

Arbeitskreis Christ & Politik

Neue Entwicklungen zur Prävention an Schulen

Bei einer öffentlichen Veranstaltung des AK Christ & Politik in Lustnau am 26.10.2011 erläuterte Dr. Michael Bleicher von der Abteilung Schule und Bildung im Regierungspräsidium Tübingen schulische Problemlagen im Bereich Gewalt und Sucht. Die Beratung zur Prävention von Gewalt unterschiedlicher Art zielt zunächst auf die Lehrkräfte und die Schulleitung, um diesen Kompetenzen im Umgang mit den Schülern, aber auch Anhaltspunkte zur kritischen Selbstreflexion zu geben. Nach dem Amoklauf in Winnenden wurden die Stellen für Schulpsychologen und psychologische Schulberater erheblich aufgestockt, ergeben aber immer noch ein zu ungünstiges Verhältnis zur Zahl der Schüler. Schulintern werden Krisenteams gebildet und vernetzt.

Wichtig ist nach Einschätzung Bleichers, die Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung bzw. ihrem Selbstwertgefühl zu stärken, das sozial-emotionale Lernen zu unterstützen. Mit den Schülern müsse über Emotionen geredet werden. Auch Entspannungsübungen gehören dazu. Der Umgang mit Enttäuschungen und Niederlagen muss trainiert werden. Die Wahrnehmung des Positiven allgemein erleichtert, sich selbst positiver zu sehen, Ich-Stärke zu entwickeln, die nicht durch abseitige Wege Aufmerksamkeit erzwingen will. Das alles sind Bausteine des Programms „Stark - stärker - WIR“.

In sieben Startschulen wird mit diesem Programm Gewaltprävention, Suchtprä-



vention und Gesundheitsförderung verbunden. Es geht um die Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie um gute Umgangsformen. Bleicher machte klar, dass für gefährdete Jugendliche Gesten eines Vertrauensverhältnisses zu einem verantwortlichen Erwachsenen oft schon ausreichend sind, um sie von schlimmen Taten abzuhalten.

Insgesamt war dieser Vortrags- und Diskussionsabend ein Gewinn für alle, die mit der Erziehung von Jugendlichen und dem Aufbau eines wertefreundlichen gesellschaftlichen Klimas zu tun haben.

Dr. Christian Herrmann, Vorsitzende <<<

CDA-Kreisverband Tübingen

Kreisvorstand der Sozialen Ausschüsse neu gewählt

In einer hochkarätig besetzten kleinen, aber feinen Gruppe wählten die Kreismitglieder der Sozialen Ausschüsse CDA-Kreisverband Tübingen im Casino am Neckar einstimmig den bisherigen Kreisvorstand neu auf weitere zwei Jahre.

Nach seinen Jahresberichten wurde Michael Rak, Jurist, Landesbeamter, Ortsvorsteher in Unterjesingen und ehemaliger Sozialdezernent an der Spitze des Verbandes bestätigt, ebenso Wolfgang Huber (Dettenhausen) und Eckhard Spanagel (Ofterdingen) als Stellvertreter, als Beisitzer Rudi Hurlebaus (Tübingen) und Hansjörg Klink (Rottenburg).

Klaus May als CDA-Bezirksvorsitzender und Wahlleiter dankte besonders Michael Rak, der seit Jahren im Bezirksverband als sein Stellvertreter eingebunden ist und den wichtigen Fachausschuss Familie leitet, für dessen langjähriges Engagement in diesen wichtigen, gerade auch immer wahlentscheidenden Politikfeldern und für seine aktive Mitarbeit im CDA-Landesvorstand.

Dr. Christian Bäumler, Landesvorsitzender der CDA Sozialen Ausschüsse, gratulierte und bedankte sich bei den Wiedergewählten für deren aktives Eintreten in sozialen Fragen.

Er referierte anschließend über den aktuellen Stand der Diskussion zu den wichtigen Forderungen der Sozialpolitiker beim



V.l.n.r.: CDA-Bezirksvorsitzender Klaus May, Hansjörg Klink, CDA-Kreisvorsitzender Michael Rak, Rudi Hurlebaus, CDA-Landesvorsitzender Dr. Christian Bäumler, Eckhard Spanagel und Wolfgang Huber.

nächsten CDU-Bundesparteitag in Leipzig. Mit dem Dank auch an Jost Brimo, der als MIT-Kreisvorsitzender, Gast und zugleich als Leiter der Mandatsprüfungs- und Zählkommission bei dieser Versammlung fungierte, leitete der neugewählte Kreisvorsitzende zu der anschließenden öffentlichen Veranstaltung über. Mit dem Dank an alle Beteiligten für die langjährige Unterstützung und dem Wunsch, „ich glaube, wir sollten dies gemeinsam erfolgreich

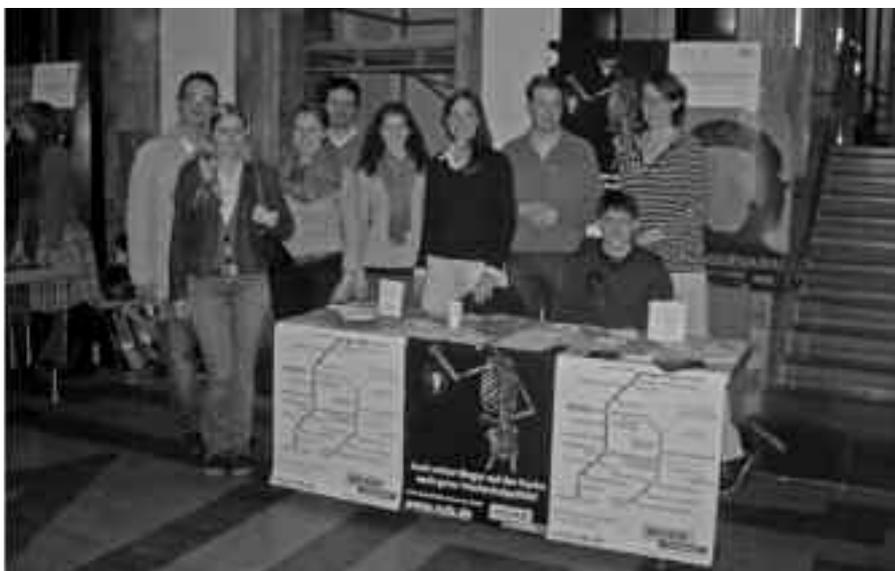
fortsetzen“, schloss Michael Rak die Versammlung.

Soziale Ausschüsse - CDA-Kreisverband Tübingen - Neuwahlen 2011:

Kreisvorsitzender: Michael Rak, Tübingen
 Stellv. Kreisvorsitzende:
 Eckhard Spanagel, Ofterdingen
 Wolfgang Huber, Dettenhausen
 Beisitzer: Rudi Hurlebaus, Tübingen
 Hansjörg Klink, Rottenburg <<<

RCDS Tübingen

Erfolgreicher „Dies Universitatis“ zum Semesterstart



Das Team des RCDS Tübingen mit Vertretern der JU Tübingen beim „Dies Unversitatis 2011“.

Auch in diesem Jahr war der RCDS Tübingen wieder mit einem eigenen Stand auf dem traditionellen „Dies Universitatis“ der Uni Tübingen vertreten. Jährlich nutzen viele hundert Studienanfänger zu Beginn des Wintersemesters die Gelegenheit, sich an diesem Abend über die unterschiedlichsten Hochschulgruppen sowie über das universitäre Angebot rund ums Studium zu informieren.

Viele Besucher in der Neuen Aula nutzten das Angebot des RCDS, um sich über den Verband allgemein, die Standpunkte und Inhalte des RCDS sowie über die Veranstaltungen im Semester zu informieren. Besonders beliebt waren die kleinen „Give Aways“ wie Kugelschreiber oder die Chips für die Schließfächer in der Universitätsbibliothek.

Ein sehr positives Fazit zog dementsprechend auch die Vorsitzende Elena Luckhardt. **Fortsetzung auf Seite 10**

„Der Dies war dieses Jahr wieder eine sehr gelungene Veranstaltung aus Sicht des RCDS Tübingen. Bei vielen netten Gesprächen konnten wir unseren Verband angemessen repräsentieren und einige Interessenten gewinnen.“

Mit dem Beginn des neuen Semesters beginnt auch die Arbeit unserer gewählten Vertreter im Studierendenparlament (Asta) und im Senat. Nach einem überwältigenden Wahlergebnis bei den letzten Hochschulwahlen im Juni, gilt es jetzt die Standpunkte des RCDS in den Gremien klar zu artikulieren und ein starkes Gegengewicht zum linken Kollektiv zu bilden. Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass entgegen dem Trend auch konservative Hochschulgruppen für viele Studierende eine echte Alternative zu Grünen und Linken sind. Lukas Schult, Pressereferent <<<

INFO:

Alle Interessenten laden wir herzlich zu einer unserer nächsten Veranstaltungen ein. Das aktuelle Semesterprogramm finden Sie auf unserer Facebook-Seite: www.facebook.com/RCDS-Tuebingen. Oder schreiben Sie eine Mail an: info@rcds-tuebingen.de

CDU Oberes Gäu

Ein Tag im Zeichen der Pflege: Annette Widmann-Mauz besucht Sozialeinrichtungen in Rottenburg-Ergenzingen

„Pflege und Gesundheit“ waren die im Vordergrund stehenden Themen beim Abgeordnetentag in Ergenzingen, zu dem der CDU Ortsverband Oberes Gäu am 4.11.2011 Annette Widmann-Mauz MdB zu Gast hatte. Die parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium informierte sich gemeinsam mit Mitgliedern des Ortsverbands und dessen Vorsitzenden Horst Schuh über Schwerpunkte in der Pflege in ihrem Wahlkreis. Der erste Besuch vor Ort

menschliche Miteinander bleibe. „Einzelleistungen werden in Zeit abgerechnet, da bleibt nicht mehr viel Zeit, wenn einer einem dann etwas Persönliches erzählen will oder einem die Fotos von den Enkelkindern zeigen möchte“, so Klein. Annette Widmann-Mauz sprach mit den Frauen über dieses Problem und sagte, dass diese Problematik erkannt wurde. Man müsse, so Widmann-Mauz, künftig „mehr Flexibilität für die Betroffenen durch individuelle Zeitkontingente erreichen, statt Leistungen stur im Minutentakt zu finanzieren.“ Dadurch könne der Pflegebedürftige mit seinen Bedarfen und Bedürfnissen deutlich stärker im Mittelpunkt stehen. „Wir werden aber auch in Zukunft keine Rundumversorgung gewährleisten können“, sagte die Staatssekretärin. „Es wird immer auch einen deutlichen persönlichen Beitrag geben müssen.“



galt der Außenstelle der Sozialstation Rottenburg in Ergenzingen. Die Sozialstation Rottenburg ist eine Einrichtung der katholischen Kirchengemeinde St. Moriz in Rottenburg und wurde 1978 gegründet. Sie hat zum Ziel, hilfs- und pflegebedürftige Menschen mit einem traditionellen und christlichen Leitbild zu unterstützen. Mit über 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Raumschaft Rottenburg ist die Sozialstation in drei Pflegegruppenbereiche eingeteilt. Diese umfassen die Pflegebereiche Rottenburg, Ergenzingen und Hirrlingen.

Geschäftsführerin Daniela Brunner und Pflegebereichsleiterin Barbara Klein erläuterten das Konzept der Sozialstation Rottenburg und sprachen über die Sorgen und Nöte im Pflegeberuf, aber auch über die schönen Seiten des Berufs. Barbara Klein stellte einen typischen Tagesablauf in der häuslichen Pflege vor. Klein beklagte vor allem, dass so wenig Zeit für das zwischen-

Am Ende des Gesprächs fragte Widmann-Mauz die Frauen noch, was sie sich wünschen würden, wenn sie einen Wunsch frei hätten. Mehr Zeit für die Betroffenen und individuelle Betreuungsangebote, lagen den Mitarbeiterinnen am meisten am Herz. Widmann-Mauz versicherte den Frauen, dass die Politik sie nicht im Stich lasse. „Die Pflegerinnen der Sozialstation sind Brückenpfeiler in einem Netz, aber ohne das Netz stehen die Pfeiler alleine da“, so Widmann-Mauz.

Nach dem Besuch der Sozialstation im „Milchhäusle“ in Ergenzingen fuhr die De-

legation des Ortsverbandes auf die Liebfrauenhöhe, wo Annette Widmann-Mauz ein Gespräch mit den Schülerinnen der dortigen Altenpflegeschule hatte. Auf der Liebfrauenhöhe werden Frauen zur staatlich geprüften und anerkannten Altenpflegerin und Altenpflegehelferin ausgebildet. In der Diskussion mit den Schülerinnen betonte Annette Widmann-Mauz, wie wichtig dieser Beruf für unsere Gesellschaft sei. „Wir leben in einer Gesellschaft des längeren Lebens“, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete. Die Lebenserwartung eines Neugeborenen liege derzeit bei 77 Jahren bei Männern und 82 Jahren bei Frauen und steige weiter an. „Gleichzeitig kommen immer weniger Kinder zur Welt, die ihre Eltern pflegen können, wenn sie alt sind.“ „Deshalb werden Berufe in der Pflege immer wichtiger“, so Widmann-Mauz zu den Schülerinnen.

Den Schülerinnen im Schönstattzentrum lag besonders am Herzen, den Beruf in der Pflege attraktiver zu machen. Widmann-Mauz bestätigte den Schülerinnen, dass dies eines ihrer größten Anliegen sei. Derzeit arbeiteten 890.000 Menschen in Pflegeberufen. Diese Berufe will Widmann-Mauz in Zukunft attraktiver machen: „Die Löhne für diese Tätigkeiten waren in manchen Teilen Deutschlands nicht menschenwürdig.“ Deshalb habe man einen Mindestlohn für Pflegehilfskräfte von 8,50 Euro genehmigt. Die Erleichterung des Zugangs für ausländische Fachkräfte über





das Berufsanererkennungsgesetz könne helfen, sei aber nicht die Lösung des Fachkräftemangels.

Auch die Schulleiterin der Berufsfachschule für Altenpflege, Schwester Maria Magdalena Schleinschok war während des Gesprächs anwesend und führte die Grup-

pe des CDU Ortsverband anschließend durch das Schönstattzentrum auf der Liebfrauenhöhe. Nach der Besichtigung und einem gemeinsamen Abendessen stellte Annette Widmann-Mauz zum Ende des Abgeordnetentags in der Aula der Liebfrauenhöhe am Abend dann noch die Eckpunkte der geplanten Pflegereform vor.

Vor dieser Planung habe das Gesundheitsministerium Experten und Praktiker befragt, mit ihnen diskutiert und eine Liste erarbeitet, was sich in der Pflege ändern muss: „Wir wissen jetzt, was notwendig ist, aber noch nicht, wie wir alles davon auch finanzieren können“, so Widmann-Mauz. Die wichtigsten Punkte dieser Reform, wie die bessere Berücksichtigung von Pflegebedürftigen mit allgemeinem Betreuungsbedarf (insb. von Demenzkranken) bei der Einstufung und den Leistungen, die wirk-

same Entlastung, auch von Bürokratie für Betroffene und Pflegende sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellte Annette Widmann-Mauz besonders ausführlich dar. Auch solle es künftig eine gemeinsame Ausbildung für Altenpfleger, Krankenpfleger und Kinderkrankenpfleger geben, damit Pflegekräfte unterschiedliche Kompetenzen universeller und länger einsetzen könnten.

Am Ende ihres Vortrags stand Annette Widmann-Mauz den interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern Rede und Antwort. Über die künftige Finanzierung der Pflegeversicherung konnte Widmann-Mauz vor dem Koalitionsgipfel nur wenig Genaues sagen: „Entweder wird die Umlage, also der Beitragssatz moderat erhöht werden müssen, oder Steuergelder locker gemacht werden.“ <<<

Buntes Programm - Bundestagsabgeordnete Widmann-Mauz unterwegs in Rottenburg

Am 8.12.2011 lud der CDU Ortsverband Rottenburg die CDU Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz in die Raumschaft Rottenburg ein, um sich vor Ort bei Betrieben und Institutionen zu informieren.

Zuerst wurde die Firma ILTIS in Rottenburg besucht. Geschäftsführer Thomas Fleck begrüßte die Gäste und erläuterte das Konzept sowie die Geschichte seines Unternehmens. Die Unternehmensberatungsfirma ILTIS wurde 1987 gegründet.



Damals standen Aus-, Weiterbildung und Personalentwicklung von Firmen im Vordergrund. „Schnell wurde klar, dass nachhaltige Veränderungen nur dort eintreten, wo sich das komplette Handeln am Arbeitsplatz verändert“, so Thomas Fleck. Seitdem entwickelt die Firma ILTIS Implementierungsprozesse für neue Geschäftssysteme und analysiert hierbei Prozesse, Strukturen, Profile und Kulturen.

Die Firma ILTIS beschäftigt derzeit mehr als 40 feste Mitarbeiter aus den verschiedensten Disziplinen und arbeitet stark verbunden mit Netzwerkpartnern im In- und Ausland. Im Gespräch mit der Bundestags-

abgeordneten betonten die Vertreter von ILTIS, dass kein Prozess, egal ob Mediation, Prozessmanagement oder auch die Strukturierung von Arbeitsprozessen funktionieren kann, wenn nicht Akzeptanz, Beteiligung und Einsicht von Seiten des Betriebs oder Institution komme. „Wenn wir zum Beispiel eine Moderation in einem Betrieb durchführen, der mehrere Mitarbeiter hat und nicht alle am Moderationsprozess beteiligt sind, dann müssen auch die anderen Mitarbeiter mitgenommen werden, sonst funktioniert dieser Prozess nicht“, so Fleck. Wichtig sei, den kompletten Betrieb mitzuziehen.



Annette Widmann-Mauz interessierte sich besonders für die Einbeziehung von ILTIS in politischen Bereichen und im Gesundheitswesen, beispielsweise die Arbeit für Krankenkassen oder auch Kammern. Thomas Fleck erklärte, dass ILTIS Mitglied im Demografienetzwerk sei, in welchem über 300 Unternehmen verankert seien und das mit dem Zweck gegründet wurde, Firmen, Betriebe und Institutionen zu vernetzen. Über diese Schiene sei ILTIS auch in der Beratung für Rentenversicherung



und in der Beratung von Betriebskrankenkassen tätig.

Nach dem Gespräch bei ILTIS, besuchte die Delegation den Sportpark 1861 in Rottenburg, der vom Turnverein Rottenburg e.V. geführt wird. Geschäftsführer Norbert Vollmer begrüßte die Gruppe und führte gemeinsam mit Klaus Maier, dem Vorsitzenden des Turnverein durch das vereinsgeführte Fitnessstudio und die Kursräume. Anschließend wurde das Projekt „JUMP - Jugendliche Menschen mit Power“, welches vom Turnverein Rottenburg speziell für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen gegründet wurde, erläutert. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen sei das Projektziel, chancengleiche Zugänge zum Engagement im Sport für Jugendliche und junge Erwachsene unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Religion oder Kultur zu eröffnen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Klaus Maier betonte, dass es immer wichtiger werde, Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen auszugleichen. Besonders sorgenvoll blickte er auf die Entwicklung des Sports durch die Ganztagesbetreuung. „Wir fürchten“, sagte Maier, dass das Thema Bewegung und Sport durch die zunehmende Belastung durch

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Tübingen, Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen,
Tel. 0 70 71 / 3 23 14, Fax 0 70 71 / 3 17 13,
E-Mail: mail@cdtu-tuebingen.org, Internet: www.cdu-kv-tuebingen.de
Konto-Nr.: 82200, KSK Tübingen (BLZ 641 500 20)
Konto-Nr.: 459 430 009, Voba Herrenberg-Rottenburg (BLZ 603 913 10)

Verantwortlich:

Kreisteil: Ellen Bernhard, Kreispressesprecherin
Landesteil: Florian Weller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg
Hasenbergstr. 49 b, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 904 - 0, Fax - 50
E-Mail: presse@cdtu-bw.de

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH
Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 905 - 0, Fax - 99

E-Mail CDU intern: intern@SDV-Stuttgart.de

Geschäftsführerin: Bernadette Eck (-25)
Anzeigen: Sabine Hafner (-23)
Planung Satz: Karin Richter (-12), Fax -55
Gestaltung dieses CDU intern: Ilona Löffler (-15), Fax -55

Bezugspreis:

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

CDU intern ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Tübingen.

Es erscheint 2-monatlich für alle Mitglieder.

Absender: CDU-Kreisverband Tübingen
Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, E 10186



Lernen und Stress ins Hintertreffen gerät.“ Widmann-Mauz sagte, dass es leider keine Patentlösungen gebe, dass man aber um die Kooperation Schule und Verein nicht vorbei kommen könnte. „Es kann aber auch nicht sein“, so Widmann-Mauz, dass Vereine und Kommune sich um alles kümmern müssen, auch die Wirtschaft muss stärker eingebunden werden, denn sie profitiert schließlich über die berufstätigen Eltern von der Betreuung.“

Des Weiteren wurden im Gespräch die bürokratischen Hemmnisse im Präventionssport und die drastisch steigenden Beiträge zur Unfallversicherung, welche der Verein an die Verwaltungsberufsgenossenschaft abführen muss, kritisiert. Hintergrund dieser Beiträge sei die Umlagefinanzierung und die Neueinstufung der Gefahrenklassen beim Volleyball Erstligisten des EnBW TV Rottenburg.

Nach der sehr guten Diskussion ging es für die Delegation aus Rottenburg und die Abgeordnete nach Remmingsheim, wo die Kronenbrauerei Schimpf besichtigt wurde.

Geschäftsführer Alfred Schimpf und sein Sohn Martin Schimpf führten die Gruppe durch die Brauerei und erläuterten der Abgeordneten die Philosophie ihres in der vierten Generation geführten Unternehmens. „Der persönliche Kontakt“, so Alfred Schimpf, ist uns wichtig, der Verbraucher legt Wert auf Erzeugnisse aus seiner Heimat.“ Nach einer Biervorkostung und einem gemeinsamen Abendessen berichtete Annette Widmann-Mauz dann am Abend in der Krone in Remmingsheim über „Neues aus Berlin“. Im Bericht setzte sie Schwerpunkte auf die europäische Finanzkrise, die neue Landesregierung, Pflege und Gesundheit sowie das Thema Verkehrsinfrastruktur. Im Zusammenhang mit der europäischen Finanzkrise übte Widmann-Mauz durchaus auch Selbstkritik. „Wir merken, wir können die Schuld nicht immer nur anderen zuschieben.“ Auch die Bundesregierung habe sich jedes Jahr ein Stück mehr verschuldet, „obwohl es uns ja gut ging.“ Dennoch lobte sie die Bundeskanzlerin, welche in der Euro-Krise sehr kontinuierlich ihren Weg gehe und schon im Frühjahr eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik in die Diskussion brachte. Kritik gab es auch an der neuen Landesregierung. Widmann-Mauz sprach das Thema Gemeinschaftsschule an, wie sie

die neue rot-grüne Landesregierung vorzieht. Das sei, so Widmann-Mauz „eine nebulöse Veranstaltung“, welche nicht durchzuführen sei, so lange nicht geklärt werden würde, wie dies alles umzusetzen sei. Ebenso kritisch bewertete sie die neue Prioritätensetzung des Verkehrsministers beim Landesstraßenbau. Während der dringliche Straßenneubau bewusst zurückgefahren würde, konzentriere man sich auf den Radwegausbau vor allem in städtischen Ballungsräumen. In beiden Bereichen, drohe der ländliche Raum zum Verlierer grünroter Verkehrspolitik zu werden. Zugleich infor-

mierte Widmann-Mauz über das für 2012-2013 aufgelegte Infrastrukturbeschleunigungsprogramm des Bundes. Mit zusätzlichen 600 Mio. Euro für den Straßenbau würde die Bundesregierung den Erhalt, Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur unterstützen, eine Finanzierungschance, die es auch für das letzte Teilstück der B 28 neu zwischen Rottenburg und Tübingen zu nutzen gelte. Widmann-Mauz forderte Landesverkehrsminister Hermann auf, vollen persönlichen Einsatz für eine Berücksichtigung der dringlichen Bauvorhaben beim Bund zu zeigen. <<<

Neujahrsempfang der CDU

CDU-Ortsverband Rottenburg am Neckar

CDU-Neujahrsempfang mit EU-Kommissar Günther H. Oettinger



Sehr geehrte Damen und Herren, ein turbulentes Jahr sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht liegt hinter uns, ein spannendes Jahr 2012 kündigt sich an. Die Stabilisierung der Finanzmärkte und die weitere Gestaltung der eingeleiteten Energiewende sind zwei wesentliche Aufgaben, die vor uns liegen. Der CDU-Ortsverband Rottenburg am Neckar möchte Sie herzlich zu einem Gedankenaustausch im Rahmen des Neujahrsempfangs einladen. Unter dem Motto

„Herausforderungen für Deutschland und Europa: Wirtschaft, Währung, Energie“ spricht EU-Kommissar Günther H. Oettinger

zur aktuellen Situation, um Perspektiven aufzuzeigen, die eine beständige, verlässliche und zukunftsorientierte Politik schaffen kann und muss.

Wir würden uns sehr freuen, Sie am

Samstag, 14. Januar 2012, um 19.00 Uhr im Haus der Bürgerwache in Rottenburg am Neckar, Tübinger Straße 39,

begrüßen zu dürfen.

Freuen Sie sich mit uns auf einen interessanten Abend mit spannenden Gesprächen über zukunftsorientierte Politik für Europa, unser Land, unseren Kreis und unsere Stadt.